

Besondere Bedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhofs 292-297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Betrag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhofs 292-297

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Abrüstung.

Pionierarbeit der Sozialisten aller Länder.

Von Hermann Schühinger.

Mit besonderem Hohn pflegt die Presse der Rechten auf die mit dem Veröhnungswert von Genf und Locarno in schreiendem Mißverhältnis stehende, angebliche Weigerung unserer westlichen Nachbarn hinzuweisen, ihrerseits Schritte zur europäischen Abrüstung zu unternehmen.

Auch die deutsche Sozialdemokratie gibt sich keinerlei Illusionen hin über die Möglichkeit einer völligen Abschaffung der Kriege von heute auf morgen und die restlose Beseitigung aller nationalen Heere in diesem Uebergangszeitalter von der Anarchie zwischen den Nationen zur Ära eines allseits anerkannten und tatsächlichen internationalen Rechtes.

Die Sozialdemokratie Belgiens hat die Heeresverringering auf drei Armeekorps und die Verkürzung der Dienstzeit auf Dreivierteljahre zur Bedingung ihres Eintritts in die belgische Regierung gemacht.

Das belgische Heer ist jedoch nicht allein verringert, sondern auch — wenn man so sagen kann — „entmilitarisiert“ worden. Es trägt ganz die Merkmale der „nation armée“, der Schweizer Miliz unter Dezentralisation der Verbände auf die Provinzen.

Ähnliche Gedankengänge lehren auch im neuen französischen Armeegesetz (Painlevé-Ossola-Entwurf) wieder, wenn auch die „Miliz“ eines 40-Millionenvolkes natürlich strenger zusammengehalten werden muß, als in einem Kleinstaat, in Belgien und in der Schweiz.

Jean Jaurès Ideal der zur Verteidigung des Heimatkriegens „bewaffneten Nation“ ist der Grundgedanke der Reform. Die Dienstzeit wird auf ein Jahr verkürzt, die Ausschöpfung der Heeresreserven und ihre restlose Bereüftstellung für den Mobilmachungsfall durch Einführung des sogenannten „Wehrkreises“ (région militaire), eines Mittelbundes zwischen Aushebungs- und Kommandobehörde garantiert.

Das alte französische Armeekorps wird abgeschafft und an seiner Stelle das gesamte Staatsgebiet in 20 Wehrkreise geteilt. In jedem Wehrkreis, dessen Kommandant dem Kriegsminister persönlich unterstellt ist und im Kriegsfall die Stellung eines Armeekorpsführers einnehmen soll, liegen eine mobile Infanteriedivision, Spezialformationen des künftigen Armeekorps und Teil der Allgemeinen Heeresreserve, die für gewisse Zwecke dem Kriegsminister direkt unterstehen.

Die Regierung aber schweigt.

Fürsteneinteignung Verfassungsänderung? — Wann kommt der Volksentscheid? Die Sozialdemokraten fordern Auskunft.

Der Rechtsausschuß des Reichstages setzte heute die Generaldebatte fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte Genosse Dr. Rosenfeld zur Sprache, daß unsere Fraktion mit Rücksicht auf die Gefahr, daß Familiengüter des früheren gothaischen Herzogs aufgelöst und verkauft würden, ein neues Sperrgesetz eingebracht habe, dessen Beratung nach vor den Ferien erfolgen müsse.

In der Generaldebatte spricht zunächst Dr. Fried (Nationalsoz.): Wir wollen unter keinen Umständen, daß der Gerichtshof, der die Fürsteneinteignung behandeln soll, unter parteipolitischen Gesichtspunkten zusammengesetzt werde.

Der Reichshof (Dem.): Zum völligen Antrag weise ich nur darauf hin, daß der Fraktionskollege des Herrn Fried, General Ludendorff, doch erst die Ostjuden nach Deutschland gezogen hat.

Die Inflationsgewinne hat gerade die Enke wagtwehren wollen. Damals, wo es noch nicht zu spät war, wo die Inflationsgewinne noch zu erfassen waren, wollten die Völkischen davon nichts wissen.

Den Einteignungsantrag der Sozialdemokraten haben diese als besser bezeichnet als den Kompromiß. Sie konnten mit einem gewissen Recht darauf hinweisen, daß ihr Gesetzesvorschlag beim Volksbegehren einen außerordentlich großen Erfolg erzielt hat, dem sich auch die anderen Parteien nicht weiden verschließen dürfen.

Abg. Bell (Z.): Wir führen den Kampf gegen zwei Extreme: gegen die restlose Einteignung, die wir als verfassungswidrig erachten und gegen die Aufrechterhaltung der jetzigen Rechtslage.

aufbau im Wehrkreis erfolgt nach den Grundsätzen der Werkstatttechnik und nicht der „hierarchie militaire“. Die Stelleninhaber erhalten Beamtencharakter (agents militaires) und verlieren für die Friedenszeit jede Kommandogewalt.

Zum Ausgleich des durch die Einführung der einjährigen Dienstzeit ausgelösten vorübergehenden Schwächezustandes wird die Polizei und die Gendarmerie vor allem in den Grenzprovinzen verstärkt.

Selbstverständlich haben die Rührer der Völkerverhegung in Frankreich diese Gefahr sehr wohl erkannt und so wittert General Debeney und General Rudant im „Tems“ gegen diesen „Landesverrat“ der Rollet und Painlevé; Rudant versteigt sich sogar soweit, die „Entmilitarisierung“ der französischen Landesverteidigung als eine „getreuliche Kopie der sowjetrussischen Wehrverfassung“ zu bezeichnen.

Die Masse des französischen Offizierkorps scheint sich jedoch allen „Kampfanfragen“ der Castelnau, Rudant, Fabry zum Trotz der Umformung der Wehrmacht willig zu fügen; vor allem die Rede des hochangesehenen Kammermitgliedes Oberst Picot, ein Mann, der als schwer verstümmelter Feldsoldat und radikalsozialistischer

Abg. Neubauer (Komm.): Es ist die Befürchtung laut geworden, daß der Termin des Volksentscheids hinausgeschoben werden solle. (Zuruf des Ministers Marx: Davon kann keine Rede sein!)

Abg. Sänger (Soz.):

Der Bischof von Passau hat eine Kundgebung erlassen, der wir widerprechen müssen. Sie bezieht sich zwar angeblich nur auf eine Sache, die in erster Linie das Sittengesetz betrifft, sie greift aber stark in bürgerliche Rechte ein, wenn sie die Beteiligung am Volksbegehren als schwere Verfündigung gegen das 7. Gebot Gottes bezeichnet.

Es geht nicht an, daß bei einer Frage, welche Millionen in tiefer Erregtheit verleiht, ein Kirchenfürst das Recht zu haben glaubt, das Staatsbürgerrecht von Millionen zu beschneiden.

Das Verhalten des Bischofs ist besonders unverständlich, da er Bayer ist. Wenn irgendwo in Deutschland ein Fürstengesetz sich in unerhörter Weise an den Vätern der katholischen Kirche bereichert hat, so tat dies die Wittelsbacher, die den Jesuiten, die in Bayern einer der reichsten Orden waren, restlos alles wegnahmen.

Abg. Bell (Z.): Der Bischof hat keine staatsrechtlichen Mittel, seine Anschauungen durchzuführen. (Zuruf der Sozialdemokraten: Aber kirchenrechtliche Mittel.) Das geht Sie gar nichts an.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.):

Es geht nicht an, daß ein Bischof kirchenrechtliche Mittel anwendet, um auf die staatsbürgerliche Beteiligung anderer einen Einfluß auszuüben. Ich wüßte nicht, daß ein Abgeordneter des Senstrums die katholische Kirche mit der kommunistischen Partei vergleicht.

Verammlungsredner die Masse der französischen Kriegsteilnehmer geistig zu beherrschen weiß, hat anläßlich der Locarno-Debatte einen tiefen Eindruck auf die Kammer und auf ganz Frankreich gemacht!

Selbstverständlich ist mit der Annahme der französischen Heeresreform noch lange nicht die Frage der europäischen Abrüstung gelöst; das militärtechnische Mißverhältnis zwischen dem deutschen Volk, das zufolge der bestehenden Verträge, mit seinem Berufssoldatenkontingent, keinerlei Heeresreserven, wie sie das Milizsystem vorsieht, besitzt, und den ehemaligen Kriegsgegnern wird wohl vor Ablauf eines oder eines zweiten Jahrzehnts nichts zu besorgen sein.

Der Kardinalpunkt der europäischen Befriedung ist jedoch die deutschfranzösische Verständigung! Wenn es den beiden Völkern gelingt, auf mehrpolitischem einem gemeinsamen Ziel zuzustreben, Frankreich über seine Miliz, Deutschland über sein kleines Berufsheer hinweg, zur europäischen „Völkerverbundpolizei“ der nächsten Generation — dann ist der europäische Friede keine Farce mehr und die Arbeiterklasse hat eine neue wichtige Etappe für ihren Aufstieg erkämpft.



Kirche sich unter Vereinsrecht stellen. Darauf wird sie aber gern verzichten.

Der Bischof hat noch dazu eine Aufforderung erlassen, die mit dem Gesetz nicht in Einklang steht.

Wenn die Zurückziehung einer einmal gegebenen Unterschrift ist nicht zulässig. Das hat der Reichsminister des Innern öffentlich erklärt lassen. Das Schweigen des Herrn Justizministers über die weitere Behandlung des Volksbegehrens ist recht unerfreulich. Da die Verfassung nicht ausdrücklich bestimmt, daß die Regierung innerhalb bestimmter kurzer Frist zum Volksbegehren Stellung zu nehmen und den ihm zugrundeliegenden Gesetzentwurf an den Reichstag zu stellen hat, so wünschen wir eine klare Erklärung der Regierung. Eine unverzügliche Erledigung der Angelegenheit ist unbedingt notwendig. Es bedrückt uns auch nicht, daß man wenigstens heute ein Minister erscheinen ist. Wir halten für notwendig, daß er sich äußert. Und zwar vor allem über die Frage, ob, inwiefern und warum das Enteignungsgesetz resp. des Kompromiß die Verfassung ändere.

Die Wirkung des Schweigens der Regierung hierüber ist sicher die, daß die Verhandlungen sabotiert werden. Ob das die Absicht der Regierung ist, lasse ich dahingestellt.

Wenn wir keine befriedigende Erklärungen bekommen, werden wir jetzt einen formellen Antrag einbringen. Ueber das Enteignungsgesetz haben sich heute endlich wenigstens zwei Parteien geäußert. Sicher eine Wirkung des Volksbegehrens, aber eine Wirkung, die uns nicht genügt. Sie sollten sich darüber klar sein, daß ein Gesetzentwurf, der die Unterstützung von mehr als 13 Millionen erhalten hat, mehr Beachtung verdient. Herr von Richthofen hat gesagt, daß der Kompromiß zu keiner einheitlichen Regierung in ganz Deutschland führe. Da hat er recht. Die Einheitlichkeit ist garantiert aber das Enteignungsgesetz. (Zustimmung beim Centrum.) Da freue ich mich, daß das Zentrum jetzt dem Enteignungsantrag freundlicher gesinnt ist. (Heiterkeit.) Der Kompromiß ist auch nach Berücksichtigung aller Anregungen des preussischen Finanzministers keineswegs befriedigend. Das Eingreifen des Gerichts ist abhängig von dem Antrag des Landes. Welches Land aber wird den Antrag stellen? Vielleicht Preußen, wenn die jetzige Regierung bleibt, womöglich auch Thüringen, obgleich ich der jetzigen Ordnungsbildung schon zutraue, daß sie sich im Interesse der beteiligten Fürsten lieber mit diesen verständigen als das Gericht anzurufen würde. (Widerpruch des Abg. Kahl.) Ich kenne als Thüringer Abgeordneter wohl die jetzige Regierung besser. Und kann ihr nur das schärfste Mißtrauen entgegenbringen. Ein Reichsgesetz aber, das nicht wirkt auf die Fürstenfrage in Westfalen, in Braunschweig und anderen Ländern, das vielmehr auf das frühere Gohls und wahrscheinlich auf Preußen wirkt, sonst aber bedeutungslos ist, genügt nicht. Die Enteignungsidee unseres Antrages ist gar nichts so Ungewöhnliches. Ich verweise nur auf das alte preussische Gesetz zum 2. März 1850 bez. die Ablösung der Reallasten, nach dem viele Berechtigungen einfach aufgehoben werden. (Zuruf von der Volkspartei: Ohne Entschädigung!) Jawohl, ohne Entschädigung! In § 2 dieses Gesetzes werden 9, in § 13 solcher Berechtigungen aufgeführt, die ohne Entschädigung fortfallen.

Warum sollen wir 1920 nicht tun, was 1850 möglich war?

Nur die allgemeine Enteignung der Fürsten wird im deutschen Volke Befriedigung hervorrufen.

Justizminister Marg: Die Regierung wird das Volksbegehren ganz gewiß nicht sabotieren. Was in der Verfassung vorgeschrieben ist, wird geschehen! Auf eine schleunige Erledigung des Kompromisses legt die Regierung großes Gewicht. Zur Frage der Verfassungsänderung wird die Reichsregierung nach der bisherigen Gepflogenheit erst Stellung nehmen, wenn endgültige Beschlüsse vorliegen. Eigentlich möchte ich erst wissen, was die Parteien wollen. Die Zurückziehung der Unterschrift am Volksbegehren, wozu der Bischof von Vossau aufgefordert hat, ist rechtlich allerdings ausgeschlossen. Als Abgeordneter aber möchte ich hinzufügen: gerade weil der Bischof die Zurückziehung der Unterschrift wünscht, beweist er damit, daß er als Bischof spricht, und nicht zur Auslegung der Verfassung. (Allgemeine Heiterkeit.) Hören Sie erst die Gründe, bevor Sie lachen. Der Bischof spricht als Seelenhirt und jagt ihnen nur, wie sie als Gläubige die schwere Sünde gut machen müssen und was sie zu tun haben, um das Vergernis zu beseitigen. Ob das verfassungsmäßige Bedeutung hat, geht den Bischof nichts an.

Der bayerische Vertreter Dr. Gaard: Bei der neuen Formulierung des Kompromisses möchte beachtet werden, daß in Bayern Abfindungen abgeschlossen sind bezüglich von Vermögensteilen des Herzogs von Koburg, die im jetzigen Bayern liegen. Hierauf darf sich der Kompromiß nicht stützen.

# Das Volksbegehren.

Bisher 11 734 925 Eintragungen.

Das vollständige Ergebnis des Volksbegehrens steht immer noch nicht fest. Noch fehlen die Ergebnisse aus den Wahlkreisen Hamburg, Mecklenburg, Ostpreußen und Niederrhein, sowie aus 24 Bezirksämtern des Wahlkreises Franken.

## Breslau.

Es haben sich 364178 Personen eingetragen. Bei der Wahl vom 7. Dezember erhielten Sozialdemokraten, Kommunisten und Unabhängige zusammen 336343 Stimmen.

## Magdeburg.

Zahl der Eintragungen 377878. Bei der Dezemberwahl erhielten Sozialdemokraten, Kommunisten und Unabhängige 308404 Stimmen.

## Franken.

Bisher wurden 321695 Eintragungen gezählt. Es stehen noch die Resultate aus 24 Bezirksämtern aus. Der Wahlkreis Franken zählt neben 23 kreisunmittelbaren Städten 59 Bezirksämter. Im Wahlkreis wurden am 7. Dezember für die drei Parteien 379607 Stimmen gezählt.

Die Summe der Eintragungen in 30 Wahlkreisen unter Hinzurechnung des Teilergebnisses aus Franken beträgt bisher 11 734 925. Vier Kreise stehen noch aus.

Abg. Bokius (S.): Der Bischof hat nur ein Urteil gefällt und von sich sehr klar ausgesprochen. Seien wir doch froh, daß es eine Organisation noch gibt, die keine Kompromisse kennt. (Zuruf des Abg. Saenger: Die Kirche kennt keine Kompromisse? Allgemeine Heiterkeit.)

Abg. Rosenfeld: Die Erklärungen des Herrn Reichsjustizministers befriedigen uns gar nicht. Daß das geschieht, was in der Verfassung über die Behandlung des Volksbegehrens vorgeschrieben ist, ist selbstverständlich. Die Verfassung sieht aber bestimmte Fristen nicht vor. Wir wissen auch längst, daß die Regierung auf die schleunige Erledigung des Kompromisses Wert legt. Uns aber ist vor allem das Enteignungsgesetz wichtig. Bezüglich der Frage der Verfassungsänderung können wir nicht länger warten.

Wir stellen hiermit den formellen Antrag, die Reichsregierung zu eruchen, ein Gutachten darüber abzugeben, ob und aus welchen Gründen und inwieweit der Enteignungsvorschlag und der Kompromißvorschlag verfassungsändernde Bestimmungen enthalten.

Unser Antrag ist wenigstens so klar, daß dies Gutachten abgegeben werden kann.

Abg. von Richthofen (Dem.): Die Regierung wird sicherlich das Volksbegehren nicht verzögern. Im Laufe des Mai muß die Vorlegung an den Reichstag erfolgen. Ueber die Verfassungsänderung wünschen auch wir völlige Klarheit, bevor die Spezialdebatte beginnt.

Vorf. Kahl: Nach der amtlichen Feststellung der Stimmzahl muß die Regierung nach einem Zeitraum, den sie nach Gerechtigkeit und Billigkeit für die Abfassung des Gutachtens in Anspruch nehmen kann, den Gesetzentwurf an den Reichstag bringen.

Justizminister Marg: Ich werde die Frage der Verfassungsänderung in der nächsten Sitzung des Kabinetts nochmals zur Sprache bringen.

Dr. Rosenfeld: Dann bin ich damit einverstanden, daß die Abstimmung über unseren Antrag bis Freitag zurückgestellt wird.

Vorf. Kahl: Ich schließe die Generaldebatte, und am Freitag wird uns dann nur noch der Antrag der Sozialdemokraten auf Erlass eines neuen Sperrgesetzes und die Frage der Verfassungsänderung beschäftigen.

Graf Adrovanti-Marescotti, der neue Botschafter Italiens, hat heute mittag sein Beglaubigungsschreiben dem Reichspräsidenten überreicht.

# Chamberlains Unterhausmehrheit.

Eatspricht sie der Stimmung im englischen Volke?

London, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Die außerpolitische Abspaltung im Unterhaus endete damit, daß, nachdem auch noch Ministerpräsident Baldwin in die Debatte eingegriffen, und sich für Chamberlain eingeleitet hatte, der Mißtrauensantrag der Liberalen mit 325 gegen 136 Stimmen abgelehnt wurde.

Bei der Zusammenfassung des Unterhauses, in dem die Konservativen bekanntlich über weit mehr als die absolute Mehrheit verfügen, war ein anderer Ausfall der Abstimmung denkbar. Aber die Frage, wie die öffentliche Meinung in England die Rolle Chamberlains beurteilt, ist damit nicht beantwortet. Die Tatsache, daß nicht nur die Oppositionspresse, sondern auch ein Teil der konservativen Presse, z. B. der „Daily Express“ und sogar die „Times“ zu den Ausführenden Chamberlains kritisch Stellung nehmen, beweist, daß seine Stellung keineswegs definitiv gesichert ist. Vielmehr hat sein Prestige, das unmittelbar nach Locarno ungeheuer groß war, einen schweren Schlag erlitten, von dem er sich bestenfalls nur sehr langsam erholen wird.

Aus der ausführlichen Fassung, die das B.Z. von der Rede Chamberlains verbreitet, seien noch folgende Stellen entnommen:

Chamberlain schloß sich den Worten der Anerkennung an, die Lloyd George der Haltung Strzowski gezollt hatte, und erklärte weiter: In die Ehre Genuß teilen sich die Polen und die Deutschen sowie die Schweden und die Tschechoslowaken. Die Polen und die Deutschen, deren Forderungen besonders Gegenstand von Kontroversen waren, zeigten sich durch ihre Würde und Zurückhaltung unter den schwierigsten Bedingungen aus und gewannen die Bewunderung und Sympathie aller Anwesenden.

Am Tage meiner Ankunft in Genf habe ich Graf Strzowski den ihn betreffenden Teil meiner Instruktionen mitgeteilt, nämlich, daß ich mich auf dieser Zusammenkunft dem Anspruch Polens auf einen künftigen Kaiser nicht widersetzen würde, obwohl ich mich freuen würde, wenn Polen einen zeitweiligen Gehobenen bekommen könnte. Die Parteien kannten vor ihren Erörterungen die genaue Haltung der britischen Regierung und verließen ihre Politik auf Grund dieser Kenntnis. Es war kaum nötig, dies den Deutschen zu sagen, weil das britische Unterhaus es klar zum Ausdruck gebracht hatte. Trotzdem habe ich den Deutschen meine Stellung genau mitgeteilt. Die ersten Veröhnungsvorschläge schälerten und ich erinnere mich, daß ich zu Luther und Stresemann gesagt habe: „Ihr kennt meine Lage ebenso, wie ich sie selbst kenne. Ihr habt mich in der Tasche. Ich bitte euch aber, zu erwägen: Sind dies die besten Bedingungen, um den Eintritt Deutschlands zu sichern, und ist dies die klügste Politik und diejenige, die am meisten den Interessen Deutschlands dient?“

Chamberlains Schlussworte lauteten:

Ich fand, als ich meine Pflichten aufnahm, Frankreich und Großbritannien immer noch argwöhnisch und entfremdet (Protest bei der Arbeiterpartei), das Werk der Veröhnung mit Deutschland kaum begonnen und dies auch nur in einer Ecke des Feldes der internationalen Beziehungen. Mein Trost wird sein, daß ich die Dinge besser zurucklasse als ich sie fand. Während ich der Wortführer meines Landes in auswärtigen Angelegenheiten gewesen bin, hat niemand die Ehrlichkeit unter Politik in Frage gestellt. (Lauter Beifall auf der Regierungsbank.)

## Die Billigung für Vandervelde.

Brüssel, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten berichtete Vandervelde über Genf sowie über das Programm und die Aussichten der Septembertagung des Völkerbundes. Es folgte eine lebhafte Diskussion. Kammerpräsident Brunet beschloßwünschte Vandervelde zu seiner Haltung. Schließlich wurde Vanderveldes Stellungnahme in Genf einstimmig von allen Parteien gutgeheißen, besonders wurde auch seine Haltung in der Frage eines Sitzes im Völkerbund, nämlich, daß Belgien an sich gegen eine Vermehrung ständiger Ratsmitglieder über Deutschland hinaus ist; falls aber dennoch eine Vermehrung der ständigen Sitze beschlossen werden sollte, dann werde auch Belgien Rechtstetigkeit geltend machen.

# „Mord“ von Walter Hasenclever.

(Deutsches Theater.)

Walter Hasenclever verdiente den Beifall, den man ihm spendete. Keine Claque, die ihm auf Tod und Leben hoff, sondern im Parkett und Rang Leute, die Gefallen an einem fesselnden Stück fanden. Der Verstand des Dramatikers hat gefiegt. Einige Plathelien des Ausdrucks, der gefühlvoll sein soll, beweisen, daß Hasenclever in der Mathematik der Wirkung härter ist als in der Sinnhaftigkeit des gefährlichen Gefühls. Ein Vorwurf wäre mit Unrecht aus solcher Stimmung abzuleiten.

Der Titel des Stückes ist eindeutig und auch etwas knallig. Die Ereignisse greifen aber an den Kindertrieb des von Kind- und Kriminalromanen abgenutzten Menschen. Da Hasenclever beide Parteien befriedigt, lebt sicher etwas noch Stärkeres in ihm. Nach allem: das Theater der Worte ist noch immer nicht tot. Es kann unter Umständen mehr wirken als das bloße Theater der Knalleffekte, die im Zirkus oder auf der Leinwand herunterrausen.

Der Mann, der seine Frau beim Ehebruch übertrifft, will sie morden. Er spielt mit diesem Gedanken, den ihm die Eifersucht ein gibt. Der Gedanke blüht auf, und es heißt so heftig, daß der Mann weglassen muß, um nicht wirklich die Würgefingerringe zuzuschnüren. Als er bei einer Dirne gelandet ist, liegt der Dirnengeliebte tot im Bett. Die Polizei kommt, um die Dirne zu verhaften. Sie, in Todesangst, heßt die Polizei auf ihren Gast. Der Mann muß in Untersuchungshaft. Untersuchungshaft, in der der Mann schweigt, obwohl er sicher der Mörder ist. Doch nur als den Gedankenmörder fühlt er sich. Diese Gedankenkraft peitscht ihn. Er fürchtet sich vor diesem Gedanken. Er kann sich nicht losreißen von diesem Gedanken, daß er sich nur mit dem unterirdischen Willen verjüngte. Und er ist ein merkwürdig unterirdischer Untersuchungsgefangener, der plötzlich mit der Absicht aufwacht, auch die unvollendete Tat, die nur in der bohrenden Umgebung lebte, als das Element zu räumen, das die Moral des einzelnen Menschen untergraben kann, wenn nicht ganz und gar umstürzt. Diese Fragestellung des Schriftstellers ist ausgeklügelt, wahrscheinlich von vornherein durch irrische Voraussetzungen bestimmt. Doch der Knoten wird sehr energisch geschürt. Die Ereignisse brennen. Die Zeitungen, die Woodnoten, die Vindictor blamieren sich trotz ihrer spitzesten Spitzfindigkeit. Kochendes Volk, das seine Rache an dem Mörder fühlen will, und sich anseuert durch Fensteranschmessen und Marzellasse. Zwischendurch Ehebruch der Frau im Absteigequartier. Eine Spielbank auf der Bühne, auf der Bühne auch Schwurgericht, Gefängniszelle, ein Zeitungsfehlerhaol, alles gezeigt in lauter kurzen Szenen, die geladen sind mit Satire. Hasenclever erweist sich als lustiger Kopf. Wo seine Galle hintritt, fröhlich er etwas Faulles fort. Daß alles schließlich durch einen Plausenweichen Entlastungsbrief in Güte und Veröhnung ausklingt, wird gar nicht als allzu böse Kolportage empfunden. Auch die Schlussveröhnung geht ohne Rührseligkeit vor sich. Die Tendenz

vergreift sich nicht in der Tonart. Man darf loben. Die Rechnung des Dramatikers geht auf. Theater, richtiges Theater, keine falsche Literatur.

Eine Bombenrolle für Eugen Kasper, der den Gedankenmörder spielt. Die Geistesfreiheit, die Barmherzigkeit, auch das Stückchen Mystik, das diese Entlarver der faulen Justiz und Verklärer der heroischen Persönlichkeit braucht, sind Tugenden des Schauspielers Kasper, der seine Rolle und sich selber außerordentlich in den Fäusten hält. Kleine Rollen und Nebenrollen waren von guten Schauspielern besetzt und Erich Engel, der Regisseur, sorgte für das Materielle, ohne daß man allzu oft an das bittere Vorstadtkino erinnert wurde. Die Buchausgabe erschien im Verlag „Die Schmiede“.

Mag Hochdorf.

## Koellinghoffs „Fraulein Eulenspiegel“ im Walhalla-Theater.

Anfänge zu einer burlesken Komik sind vorhanden. Manchmal sieht die Angelegenheit wie der Versuch einer Parodie auf das Situationslustspiel aus, jedenfalls kennt aber Koellinghoff die neuere Lustspiel-Literatur. Situationen und Figuren sind von biederer Tradition. Ein Hofrat gestirbt durch das Stuch, der seine Ahnen bei Kadelburg findet, ein Schriftsteller ist nichts weiter als die Renaissancé des Bonnavants mit dem verschämten, goldigen Herzen, der Diener hat unzählige Vorbilder, und das Fraulein Eulenspiegel selbst erscheint als eine Abwandlung der Fuldaldis „verlorenen Tochter“ ins Herzige und Sentimentale. Der Situationsfanatiker, der eigentlich Bordenfantiker ist, kommt aber direkt aus dem Keller Thoma, und die erotisch parfümierten Situationen sind französischer Ursprungs. Töchter von Großindustriellen heiraten arme Schriftsteller mit elliellen Segen, wenn diese noch auf dem Finanzamt nebenbei beschäftigt sind und eine Geldverschlebung nach der Schweiz ermöglichen können. Hier in dritten Akt, der sonst mit der Handlung wenig zu tun hat, liegen Möglichkeiten zu einer Satire auf die Finanzämter und auf die mit ihnen verknüpften Korruptionen, aber Koellinghoff beschränkt sich darauf, Wege zu machen, die bereits Adam kennt. Ueberhaupt ist der Dialog von einer unwahrscheinlichen Hergebrachtheit, dazu bemühen sich noch die Schauspieler um harmlose Bonmots, die gewöhnlich in „Robert und Bertram“ angebracht werden, und die Idee, daß sich ein reiches Mädchen als arm ausgibt, um dem Mann ihrer Neigung nahe zu sein, ist auch nicht gerade original. Das Beste an dem Schwank sind die Situationen, die besonders im zweiten Akt spannend geführt werden. Koellinghoff jongliert hier geradezu mit einer Geschicklichkeit in der Führung der Handlung, aber alles ist zu klüchtig und oberflächlich gemacht. Vor allem aber merkwürdig, daß der Feuilletonist Koellinghoff einen so abgegriffenen, geistlosen Dialog schreiben kann. Die Aufführung im Walhalla-Theater unterstrich dazu noch die Mängel des Stückes. Von Regie war keine Spur zu merken. Manchmal stonden die Schauspieler herum, ohne daß sie wußten, was sie mit ihrer Existenz anfangen sollten. Klüchtige Unterstreichungen und Ueberbetonungen veranschaulichten die Situation.

F. S.

Der Berner Bärenprozeß. Vor einem Berner Gericht als zweiter Instanz begann die zweite Auflage des berühmten Bärenprozeßes, der seinerzeit, in erster Auflage, weit über Bern hinaus Interesse

erweckt und in der deutschschweizerischen Presse zu mannigfachen drohenden Uebertreibungen Veranlassung gegeben hat. Meldeten doch damals einige Blätter — auch deutsche —, daß die Bären aus dem Berner Bärengraben höchstpersönlich als Zeugen vor Gericht erschienen seien, während andere Zeitungen, hauptsächlich französische und italienische, allen Ernstes versicherten, daß die Bären wegen der gegen ihren Wärter erhobenen Beschuldigungen derart erbittert seien, daß sie seine Gegner in Stücke reißen würden, wenn sie ihrer habhaft werden könnten. Die Sache war die, daß der Bärenwärter ein paar Leute, die öffentlich behauptet hatten, daß er seine Bären schlecht behandle, wegen Verleumdung und Ehrenkränkung verklagt hatte. Um zu zeigen, daß die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen gänzlich unbegründet seien, spazierte er eines Tages in Gegenwart des Untersuchungsrichters in den Bärenzoo hinein, und seine Jaglinge bereiteten ihm einen festlichen Empfang, wodurch gerichtsmäßig wurde, daß sie ihn liebten. Die Verleumder wurden daraufhin verurteilt, aber sie haben Berufung eingelegt, so daß diese Bärenschlichte noch einmal vor Gericht kommen muß. Am Ende werden jetzt die Bären wirklich schwören müssen, daß sie mit ihrem Wärter zufrieden sind.

Die Bevölkerungsbewegung in USA. Nach der Zählung im Jahre 1920 hatten die Vereinigten Staaten von Amerika eine Bevölkerung von 105 710 620 Einwohnern. Im Laufe der letzten fünf Jahre ist diese Zahl auf 113 493 720 Köpfe gestiegen. Nach den Mitteilungen der statistischen Behörden ist die Bevölkerung inzwischen wiederum ganz erheblich gestiegen; sie zählt jetzt 117 135 817 Seelen. Dies ist die stärkste Zunahme der Volkszahl, nicht nur absolut, sondern auch relativ, die die Bevölkerungsbewegung in den Vereinigten Staaten bisher zu verzeichnen gehabt hat. Man darf in dieser beträchtlichen Zunahme einen der Gründe sehen, die die Union zu ihrer rigorosen Einwanderungspolitik zwingen.

Aus dem dunkelsten Erdteil. Auch das Parlament des Staates Mississippi hat ein Gesetz angenommen, wonach es verboten ist, in den Schulen des Staates die Darwinische Entwicklungstheorie zu lehren. In der Einführung des Gesetzes wird erklärt, daß der Darwinismus für die geistige Gesundheit der Jugend gefährlich sei. Der Mississippi haben bereits die Staaten Tennessee und Texas ein ähnliches Gesetz angenommen.

Die Social-Gedächtnisausstellung in der Akademie der Kunst am Pariser Platz, die das graphische Werk des Künstlers zeigt, wird Sonntag, nachm. 5 Uhr, geschlossen.

Englisches Theater. Uraufführung von César Wildes „The importance of being earnest“ (Candide) am 28. 11., Uhr vormittags, im New Theatre.

Paul Cassier, Bildhauer, 35, eröffnet am 28. eine Sonderausstellung von 1000 Bildern (Rapp).

Jeanne Georgi, die bisherige Leiterin der Tanzgruppe des Reichlichen Theaters in Gera, wurde als Tanzmeisterin an die Städtische Oper in Hannover engagiert.

Dreißig Jahre „Simplicissimus“. Am 4. April 1896 erschien die erste Nummer des „Simplicissimus“. Aus diesem Anlaß eröffnet der Verlag seinen am 1. April beginnenden neuen Jahrgang mit einer Sondernummer „Deutschland 1926“. Die Nummer bringt Erinnerungen und Beiträge von ehemaligen Mitarbeitern und Redakteuren, wie Thomas Mann, Gustav Meyrink, Ludwig Thoma, Jakob Wassermann, Franz Scherf.



## Bettlertragödie.

Ein „echter“ war es diesmal, ein echter Bittker, der von einem Polizeibeamten am 27. Januar in Berlin beim Betteln festgenommen wurde. Er sprach Gehörlosenschein an und erhielt sie auch, so berichtet der Polizeibeamte, nicht ohne zugleich zu vernichten, daß der Festgenommene taubstumm sei. Nicht leicht war es nun den Polizeigerichts- und Strafanstaltsbehörden, die in der Folgezeit mit dem Fall beschäftigt wurden, denn der taubstumme „Bittker“ hand eben, wo er hingestellt wurde, wie eine Puppe, das Mißfeld aller Erregend. „Do er taubstumm ist, müßte von einer verantwortlichen Vernehmung Abstand genommen werden,“ dies war der folgende Bericht des im Bureau beschäftigten Polizeibeamten. Den Namen stellte man auf einer Karte fest, die der Arme bei sich trug. Damit war schon etwas geholfen. Die Bettlerkartothek weist auch das Geburtsdatum und den Geburtsort Berlin, auch den Beruf: Maler. Nun ging es am nächsten Tage mit dem grünen Wagen nach Moabit zum Untersuchungsgefängnis. Hier Wiederholung: der alte fast blinde Bettler stand, wo er hingestellt wurde. Aber er mußte vor „seinen“ Richter, denn niemand darf „seinem“ gesetzlichen Richter entzogen werden! Der Staatsanwalt ersuchte den zuständigen Richter um verantwortliche Vernehmung. Kunststück! Um sie zu ermöglichen, wurde eine gerichtlich beeidigte Sachverständige, eine Dolmetscherin für die Taubstummenfrage, per Rohrpost geladen, denn schon schrieben wir den 29. Januar und spätestens am Tage nach seiner Einlieferung in das Gefängnis muß der Verhaftete über den Gegenstand der Beschuldigung gehört werden. (§ 115 StPO.) Der Termin fand statt. Der taubstumme Bittker (s. 115 StPO.) unterschrieb und er schreibt tastend und zitternd mit der Feder etwas, das ein geübter Leser für „Wilhelm“ halten kann. Der Familiennamen will nicht mehr gelingen. Wohl mehr als 20 Ansätze brachten ein schwarzes Gefirngel zustande, nichts ist zu erkennen. Man drückt ihm einen Bleistift in die Rechte und nun geht es etwas besser; einige Hieroglyphen sollten den Familiennamen darstellen. Fräulein Dolmetscherin liquidiert für den Termin aus der Staatskasse 9,30 M. Sachverständigengebühren.

5 Tage später Hauptverhandlung! Dazu Wiederholung der Ladung der Dolmetscherin durch Rohrpost, Ladung des Polizeibeamten, Vorführung des Angeklagten aus dem Gefängnis, ferner Staatsanwalt, Richter und Justizamtmann. Ergebnis: 4 Tage Haft, die als durch die Untersuchungshaft verbüßt gelten. Fräulein Dolmetscherin liquidiert diesmal 12 M. aus der Staatskasse. Selbstverständlich ist der Bettler „lostenpflichtig“ verurteilt. (1)

Hätte man nicht besser getan, dem wohnungslosen alten Bettler die 21,30 M. durch Vermittlung des Wohlfahrtsamts zu geben? Wie wäre ihm auf 4 Wochen wohl gewesen. Statt dessen stieß man den Kernsten aus dem Gefängnis auf die Straße, mittellos, wohnungslos, zerlumpt; zum Weiterbetteln. Wo bleiben Wohlfahrtsämter und Sozialleistungen? Warum sorgten nicht die Gerichts- und Polizeibehörden für die Unterkunft des unglücklichen, 6mal nur wegen Bettelns bestraften, alten blinden, taubstummen Mannes?

## Den Vater erschossen.

### Ein Akt der Notwehr.

Heute vormittag um 10 Uhr hat sich im Hause Lange Straße 17 ein tragischer Fall ereignet. Dort wurde der Schlosser Gustav Lehmann von seinem Sohn, dem 20jährigen Werner Lehmann, erschossen. Die Ursache ist auf Streitigkeiten zurückzuführen, die die Familie schon seit längerer Zeit zerrütteten. Der Erschossene wird als ein brutaler Mensch geschildert, der sogar nicht davor zurückschreckte, seine kranke Frau tätlich anzugreifen; einige seiner Kinder wurden bereits von mitleidigen Hausbewohnern aufgenommen, da sie in ständiger Furcht vor dem Vater lebten. Zwischen dem alten Lehmann und seinem Sohne Werner sind Täuschungen an der Tagesordnung gewesen, so daß der Sohn, als er sich heute morgen wieder bedroht glaubte, in der Notwehr zum Revolver griff und den Vater erschoss. Der Tote hielt noch in der Hand ein Brecheisen, mit dem er den Sohn angreifen wollte. Im die Mittagszeit weilte die Rechtskommission am Tatort. Der junge Werner wurde verhaftet.

Zu dem Drama in der höchste Straße, über das wir heute morgen berichteten, erfahren wir noch folgende Einzelheiten: die schwere Bluttat hat ihren Ursprung in der Wohnungsnot. In dem Hause höchste Straße 22 teilen sich drei Parteien in eine Dreizimmerwohnung im 1. Stock des Seitenflügels. Die Zimmer liegen an einem gemeinsamen Korridor. Jedes hat eine Kachelheizung. Das eine bewohnt ein Chauffeur Vogel mit seiner Frau. Das zweite bezog Anfang Oktober v. J. der 28 Jahre alte Händler Selig Dannenberg mit seiner jungen Frau. In dem dritten Zimmer hauste der 61 Jahre alte Rentenempfänger und Zeitungshändler Karl Reich. Seit einem Vierteljahr war der Vater Dannenbergs, der 65 Jahre alte Händler Max Dannenberg, bei seinem Sohne zu Besuch. Er wollte schon seit 14 Tagen jeden Tag abreisen, blieb aber immer wieder, weil zwischen seinem Sohne und Reich ein sehr gespanntes Verhältnis bestand. Als Reich gestern abend um 7 1/2 Uhr nach Hause kam, begann er wieder einmal ohne jede Veranlassung auf dem Flur auf die Dannenbergs in der gemeinsten Weise zu schimpfen. Der alte Dannenberg kam endlich aus der Stube heraus, um sich diese Beleidigungen zu verbitten. Sein Sohn und dessen Frau folgten ihm. Reich, der fortfuhr zu schimpfen, holte aus seiner Stube eine Mehrkalibers Pistole. Frau Dannenberg stellte sich vor ihren Mann und ihren Schwiegervater. Reich versuchte, sie wegzudrängen, um an die Männer heranzukommen. Das gelang ihm aber nicht. Da schöß er über die Schulter der Frau hinweg viermal auf die Männer. Der junge Dannenberg brach, zweimal in den Hals getroffen, gleich tot zusammen. Sein Vater wurde ebenfalls zweimal getroffen, einmal in den Hals und einmal in den Kopf. Frau Dannenberg stürzte in ihr Zimmer und schloß ab. Jetzt holte Reich ein Beil aus seiner Stube und drang auf die Stube Bogels ein. Frau Vogel, die mit einem bei ihr zu Besuch weilenden jungen Mädchen allein war, während ihr Mann noch Dienst hatte, hatte sich ebenfalls eingerichtet. Als Reich die Türöffnung einerschlug und die Frau und das Mädchen durch das Loch hindurch mit der Pistole bedrohte, kletterten beide aus dem Fenster hinaus und wurden von den Insassen einer Nebenwohnung über das Blumenbrett und das Gelms hinweg in diese Nebenwohnung hineingezogen und vor weiteren Angriffen gerettet. Ein Hausbewohner hatte unterdessen die Polizei benachrichtigt. Reich bedrohte zunächst auch die Beamten und erst, als diese energisch erklärten, daß sie von ihren Dienstpflichten Gebrauch machen würden, wenn er die Pistole nicht niederlege, gab er sie ab. Als bald erliefen der stellvertretende Leiter der Kriminalpolizei, Regierungsrat Schölk, und auch die Rechtskommission. Die Leiche des jungen Dannenberg wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht. Reich wurde verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Es hat den Anschein, als ob die Verlegungen des alten Dannenberg nicht lebensgefährlich seien.

## Das Fest der Perser.

Seit 3000 Jahren feiern die Perser ihr Konruz gleich Neujahrstfest, das mit Frühlingsbeginn zusammenfällt. Dieses Fest zu begehen, ließ sich das persische Volk, trotz Anwohnen und politischer und wirtschaftlicher Bedrückungen mancher Art, niemals nehmen. Das Fest, so alt wie das persische Reich selbst, wird von allen Persern als ein Ueberrest glorreicher Vergangenheit gewertet

# Haslindes Agrarprogramm.

## Der Ernährungsetat vor dem Reichstag.

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagsitzung, die um 11 1/2 Uhr vom Präsidenten Cöbe eröffnet wird, steht die zweite Beratung des Haushalts des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Damit verbunden ist die Besprechung des Berichtes des Haushaltsausschusses wegen Uebernahme der Haftung für landwirtschaftliche Düngecredite durch das Reich, sowie der dazu gehörigen Anträge aus dem Hause.

Den Ausschussbericht gibt Abg. Dietrich-Baden (Dem.)

### Ernährungsminister Haslindes

weist darauf hin, daß im Augenblick der Krise die Aufgaben seines Ministeriums um so schwieriger geworden seien. Die deutsche Landwirtschaft habe in den Zeiten der Inflation ihre volle Pflicht getan. Jetzt komme es darauf an, die Produktivität der Landwirtschaft so zu heben, daß sie in der Lage ist, das Defizit in der Handelsbilanz zu decken. Bei Roggen und Weizen wie bei Futtermitteln sei erfreulicherweise die Einfuhr im vorigen Jahre wesentlich zurückgegangen. Außer dem Kartoffelanbau müsse zur Hebung der Futtermittelherzeugung auch die Grünlandwirtschaft gefördert werden. Es sei wohl möglich, daß bei Anwendung aller technischen Mittel die deutsche Landwirtschaft ihr Ziel erreiche, um uns auch in schlechteren Erntejahren vom Auslande unabhängig zu machen. Die größte Aufmerksamkeit müsse das Landwirtschaftsministerium der Frage zuwenden, wie die Einfuhr von Lebensmitteln eingeschränkt und deren Erzeugung im eigenen Lande gehoben werden könne. Die Landwirtschaft könne als Grundlage der deutschen Gesamtwirtschaft nicht entbehrt werden. Vor allem müsse der innere Markt aufs äußerste entwickelt werden, dann werde auch eine Steigerung der Ausfuhr von Industrieerzeugnissen die Folge sein. Auf keinen Fall dürfe die Industrie zu Ungunsten der Landwirtschaft bevorzugt werden.

Infolge der ungenügenden Agrarpreise (Sehr richtig! rechts) habe die deutsche Landwirtschaft die gute Ernte des vorigen Jahres nur unzureichend ausnützen können. Die ungünstige Relation zwischen den Preisen der Industrieerzeugnisse und der Lebensmittel habe die Lage der deutschen Landwirtschaft dauernd verschlechtert. (Sehr richtig! rechts.)

Ihr müßten jetzt sehr erhebliche Kredite zur Verfügung gestellt werden. Außerordentlich sei die Belastung der Landwirtschaft durch Zinsen und allgemeine Ausgaben. Die deutsche Landwirtschaft, die aus der Inflationszeit entscheidend hervorgegangen ist, hat jetzt seit 2 1/2 Jahren wieder eine Schuldenlast von vielen Milliarden, und diese Verschuldung erstreckt sich auf alle Betriebsgrößen. (Sehr richtig! rechts.) Am meisten verschuldet seien aber die kleinen Getreide- und Kartoffelböden im Osten. Die Ernte habe größtenteils dazu verwendet werden müssen, um die Zinsen bezahlen zu können. Das Landwirtschaftsministerium müsse also alle nur möglichen Maßnahmen treffen, um diese schwere Not der Landwirtschaft zu mildern. Bisher sei in der Kreditübergabe wohl eine erste Hilfe, aber keine dauernde geleistet worden. (Sehr richtig! rechts.)

Der Minister bemühe sich jetzt, die Kredite für die Landwirtschaft wesentlich zu erhöhen, dabei solle auch der kleine Grundbesitz berücksichtigt werden.

Der Minister berichtet dann im einzelnen, in welcher Weise die Vermehrung der Kreditsummen und die Ermäßigung der Zinstafeln erzielt werden sollen. Es seien in den letzten Wochen ungewisshafte Erschütterungen eingetreten, aber gegenüber der Größe der zu lösenden Aufgabe erhebe sich immer noch als viel zu wenig. Für einen Teil der Betriebe sei eine Hilfe überhaupt nicht mehr möglich. Es besteht die Gefahr, daß nicht mehr genug Saatgut und Düngemittel angeschafft werden können, eine ausreichende Finanzierung des Bedarfs an diesen beiden Artikeln sei notwendig.

Das Ziel müsse sein, die Landwirtschaft wieder rentabel zu machen.

Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse müßten auf ein Niveau erhöht werden, daß der Erzeuger davon leben könne. (Sehr richtig! rechts.)

Damit brauche keine Belastung des Verbrauchers verbunden zu sein. Das Gesetz zur Sicherung des Getreidepreises diene diesem Ziel; zugleich soll der Abzug von Roggen gesteigert werden. Durch eine eifrige Propaganda wolle man wieder die Vorliebe für das schmackhafte Roggenbrot in der Bevölkerung wecken. Es müßten aber auch die Wege geebnet werden, die zum vermehrten Anbau von Weizen und Gerste führen.

Die Verdrängung infolge des steigenden Automobilsismus sei bisher nicht zurückgegangen. Der Bestand an Rind- und Zuchtvieh habe sich gehoben, die Schweinehaltung sei 1925 gegenüber dem Vorjahr um 10 Proz. in die Höhe gegangen. Die Fleischpreise hätten sich den Gefrierfleischpreisen genähert; da der Bedarf an Gefrierfleisch gedeckt werde, könne an eine Steigerung des Einfuhrkontingents nicht gedacht werden. Der Wert der Milchherzeugung sei gerade jetzt nur noch 2,3 Milliarden im Jahre gegenüber 3 Milliarden vor dem Kriege. Die bisherige günstige Entwicklung der heimischen Milchherzeugung werde beinträchtigt durch die steigende Einfuhr von Wollereizerzeugnissen, und die Abnahmefähigkeit aus Frischmilch infolge der schlechten Wirtschaftslage in den Städten auf Schwierigkeiten gelassen. Ein ausreichender Jolkshuh auf Butter und Käse könne nicht entbehrt werden.

und daher stets gefeiert. Darum labete auch der persische Studentenverein „Iran“ seine Landsleute und ihre Freunde am 21. März in das Hotel „Eplanade“ ein, in dessen Marmoraal ein Papierblumen-Frühling lustig erblühte. Im weiteren Stimmung zu schaffen, hatten die Gastgeber ein buntes Programm zusammengestellt. Persische Studenten erfreuten durch die Darbietungen der so eigenartig rhythmischen persischen Musik. Das Tanzprogramm hatte selber nichts mit dem Perserreich und seiner Kultur zu tun, denn man ließ in ausgezogener Erzentanz Berufs-tänzer Steppentänze vorführen, sowie durch ein hyperedagantes Tänzerpaar mit Grazie den modernen Gesellschaftstanz darbieten. Nach den üblichen Neben, die persischerseits eine Verbeugung vor Deutschland und deutscherseits ein Kompliment für Persien enthielten, folgte ein Paß.

## Großfeuer in Ruhleben.

### Obergeschoss und Dachstuhl der Kaserne eingedöhert.

Ein gewaltiger Dachstuhlbrand kam heute morgen kurz vor 6 Uhr in der Kaserne Ruhleben, der früheren sogenannten Infanterieschießschule, zum Ausbruch. Der Dachstuhl sowie das obere Geschloß mit ihrem wertvollen Inhalt wurden ein Raub der Flammen.

Kurz vor 6 Uhr wurde das Feuer bemerkt. Auf den Alarm rückte zunächst der 1. Spandauer Vöschung unter Leitung des Bau-rates Müller an den Brandort. Beim Eintreffen der Wehr schlugen aus den Bodenluken bereits die heißen Flammen. Da die Gefahr bestand, daß das Feuer auf die angrenzenden Seitensüßal übergreifen könnte, in deren oberen Stockwerken sich die Besoldungskammern befinden, wurde der 2. Spandauer Vöschung zur Hilfe herangezogen. Ueber 2 Treppenhäuser wurde mit 3 C-Rohren gegen die Flammen vorgegangen. Es war größte Vorsicht geboten, da sich in dem obersten Geschloß nicht nur Pferdegeschirre, Sättel usw. befanden, sondern auch größere Mengen Munition lagerten. Unter einem Hüllengeknatter explodierten nach und nach mehrere tausend Schuß Munition, wie sie zu Übungszwecken Verwendung finden. Trotz starken Wassereinsatzes brannten die beiden Geschirrkammern sowie die Munitionskammern vollständig aus. Der Dachstuhl und das Obergeschloß in einer Ausdehnung von über 20 Meter Länge wurde völlig vernichtet, die darunter liegenden Räume haben durch Wasserläden stark gelitten. Die Gefahr des Uebergreifens auf die Seitensüßal konnte noch rechtzeitig verhindert werden. Gegen 7 1/2 Uhr war die Hauptgefahr beseitigt. Die Abblöschmaßnahmen und die Aufräumarbeiten beschäftigten die Wehrleute jedoch noch bis nach 11 Uhr an der Brandstelle. Die Entstehungsurache ist bisher noch nicht geklärt. Es wird vermutet, daß das Feuer durch einen Funken, der aus einer schadhaften Stelle des Schornsteins flog, verursacht wurde.

Außerdem müsse die Bevölkerung aufgefordert werden, deutsche Wollereizerzeugnisse zu kaufen. In den Familien müsse mehr Milch verbraucht werden; es werde zur Hebung des Milchgewinnes ein besonderer Reichsausschuß geschaffen werden. In einer besonders schwierigen Lage befinde sich der Kartoffelanbau. Der erhöhten Ernte im vorigen Jahre stehe kein erhöhter Absatz gegenüber. Die Erzeugung und der Absatz von Spiritus aus Kartoffeln müsse gesteigert werden, ebenso die Verfertigung von Trockenkartoffeln.

Besonders große Opfer habe bei der Zollgesetzgebung der Garten-, Obst- und Gemüsebau gebracht (Sehr richtig! rechts), auch ihm müsse jetzt geholfen werden. Zur Hebung des Weinbaues solle jetzt die Aufhebung der Weinsteuer erfolgen. Die Lage des Zuckerrübenbaues werde durch die wachsende Schutzpolitik im Ausland gefährdet. Die Regierung wolle auch durch wissenschaftliche Beratung der Landwirtschaft helfen. Die Kultivierung von Dehland sowie die Siedlung im Osten müßten gefördert werden. Im Auslande sollen besondere Vertreter des Reiches die Entwicklung der Landwirtschaft beobachten. Den Landarbeitern und den Bauernhöfen müsse vernünftige Möglichkeiten zur Selbständigkeit geschaffen werden. Es liegen genug Angebote zur Siedlungsland vor, nur fehle es noch an Kapital. Zum Schluß seiner anderthalbstündigen Rede beteuerte der Minister mit ein paar Worten, daß er auch den Landarbeitern seine Fürsorge zuwenden wolle. Die Landwirtschaft dürfe nicht allein auf öffentliche Hilfe warten, sie müsse in erster Linie eigene Initiativen entwickeln. Aber auch die Verbraucherschaft müsse ermahnt werden: Deutsche genieße deutsche Produkte. (Sehr richtig! rechts.) Der Zwischenhandel müsse seine Verdiensthänge abgeben. Die Krise der deutschen Landwirtschaft werde durch die Ineffizienz der Bevölkerung gelöst werden. (Lebhafte Beifall rechts, ironische Zwischenrufe links.)

### Genosse Robert Schmidt,

der gegen 1 Uhr zu Worte kam, wies im Eingang seiner Ausführungen darauf hin, daß die Agrarkrise ein Teil der allgemeinen wirtschaftlichen Depression sei, eine Nachwirkung der Nachkriegszeit und der Stabilisierungsperiode. Darüber hat jedoch aber auch Ueberelastimmung geherrscht, daß kein anderer Wirtschaftszweig in Deutschland beim Uebergang an der Inflation in die Stabilisierungsperiode so im Vorteil gewesen sei, wie die Landwirtschaft. Sie sei nur noch mit einem Rest der Vorkriegeshöhe mit Hypotheken belastet. Schwierigkeiten ergeben sich allerdings bei der Befreiung von Realcrediten. Man habe zuerst für kurzfristige Kredite Propaganda gemacht und dadurch seien sich viele Landwirte verleiten lassen, über ihre Leistungsfähigkeit hinaus Kredite zu nehmen. Jetzt handele es sich vor allem um die Umwandlung dieser kurzfristigen in langfristige Kredite.

Die Gesamtschuldung der deutschen Landwirtschaft betrage etwa 6 Milliarden Goldmark, vor dem Kriege war sie etwa doppelt so hoch.

Es bestehen also günstige Perspektiven für die Landwirtschaft, die wieder eine Normalentwicklung zu erwarten hat. Von den Hypothekendarlehen wird berichtet, daß im vorigen Jahre bereits höhere Beträge langfristig untergebracht werden konnten. Auch die Entwidung auf dem Weltmarkt scheint so zu sein, daß sie auch für uns von Vorteil werden dürfte. Aber der Sturm, den wir erlitten haben, war zu tief, als daß heute schon jemand vorauslegen könnte, wie sich die Verhältnisse auf dem Weltmarkt auf unsere Wirtschaft und insbesondere auf die Landwirtschaft auswirken würden. (Der Redner spricht bei Schluß des Vortrages noch fort.)

## Das Steuerkompromiß.

### Ausdrücke im Steuerauspruch.

Im Steuerauspruch des Reichstags wurde Mittwoch vormittag die Ausdrücke über das Steuerkompromiß fortgesetzt. Abg. Hergt (Dnt.) machte der Regierung ein deutliches Angebot, die Steuervorlagen mit der Rechte zu verabschieden und hielt keine positiven Forderungen deshalb außerordentlich unbestimmt. Man brauche auch das neue Steuerkompromiß nicht als ein einheitliches Ganzes zu verabschieden. Die Deutschnationalen sind bereit, Zugeständnisse, Weinsteuern und Fuhrsteuer vorweg zu erledigen, alles andere kann später gemacht werden. In Konzentration der Regierungsparteien kann eine Lösung von der Minderheitsregierung nicht gefunden werden. Wir wollen eine Verständigung.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold stellte die Zustimmung Hergts zu fast allen Steuerplänen der Regierung fest, beharrte aber darauf, daß die einzelnen Teile des Programms nicht voneinander getrennt werden können. Abg. Hößlein (Komm.) protestierte dagegen, daß die Steuerfragen im Hefttempo durchgepeitscht werden sollten. Der Kuhhandel sei im vollen Gange. Die heutigen Erklärungen der Deutschnationalen steben im schroffen Gegensatz zu den früheren. Sie sind die geborenen Wehrerfahren. Die Regierung wird schon mit den Deutschnationalen einig werden, denn ihr Ueberwerden bei der Sozialdemokratie wird diesmal keinen Erfolg haben.

Die Generaldebatte wird fortgesetzt.

hammer vollständig aus. Der Dachstuhl und das Obergeschloß in einer Ausdehnung von über 20 Meter Länge wurde völlig vernichtet, die darunter liegenden Räume haben durch Wasserläden stark gelitten. Die Gefahr des Uebergreifens auf die Seitensüßal konnte noch rechtzeitig verhindert werden. Gegen 7 1/2 Uhr war die Hauptgefahr beseitigt. Die Abblöschmaßnahmen und die Aufräumarbeiten beschäftigten die Wehrleute jedoch noch bis nach 11 Uhr an der Brandstelle. Die Entstehungsurache ist bisher noch nicht geklärt. Es wird vermutet, daß das Feuer durch einen Funken, der aus einer schadhaften Stelle des Schornsteins flog, verursacht wurde.

Die Sozialistische Arbeiterjugend marschiert, so lautete gestern abend die Parole im Berliner Osten. Unsere Jungen und Mädel werden durch einen Fackelzug, Klatsch mit der Kuffeist: Der junge Arbeiter gehört in die Sozialistische Arbeiterjugend, der klauenbewußte Arbeiter in die SPD., haben allen den Weg gewiesen, den sie einschlagen müssen. Im Rabulspfad forderte Genosse Klug auf, in die Sozialistische Arbeiterjugend einzutreten und mit einem dreifachen Frei Heil endete der Fackelzug.

Die Berliner Städtische Gaswerke A.-G. teilt mit: Die Bureaus und Kassen der örtlichen Geschäftsstellen der Berliner Städtische Gaswerke A.-G. bleiben am Osterabend, den 3. April d. J., für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen.

Einsturz des „Kalktunnels“ bei Teiberg. Der sogenannte Kaiserntunnel der Schwarzwaldbahnstrecke Offenburg-Konstanz, zwischen den Stationen Hornberg und Teiberg, ist heute vormittag eingestürzt. An dem Tunnel wurden Arbeiten vorgenommen, die darauf abzielten, den Tunnel abzutragen. Der durchgehende Eisenbahnverkehr ist unterbrochen und wird durch Postkraftwagen vermittelt. Soweit bisher bekannt ist, sind Personen nicht verletzt worden.

Der dänische Ostasienflug. Im Laufe des Montags ist auch der Führer der dänischen Ostasienflugexpedition, Oberleutnant Botved, mit seinem Fokker-Doppeldecker R. 1 in Keppö (Sibirien) eingetroffen. Von hier aus erfolgt der Start zur fünften Etappe nach Suichir, am persischen Golf.



